



FOCUS-MONEY vom 09.03.2022, Nr. 11, Seite 28

INTERVIEW

"Wir müssen den Hebel jetzt umlegen"

Der Weckruf zur **Energiewende** hätte nicht drastischer sein können, beklagt Claudia Kemfert. Die **Energie**-Ökonomin des DIW, Berlin, sieht im schnellen und konsequenten Handeln dennoch eine Win-win-Situation

Der von Wladimir Putin geführte Krieg in der Ukraine bringt den Menschen unermessliches Leid. Haben wir uns über Gaslieferungen mitschuldig gemacht? *Claudia Kemfert:* Wir befinden uns in der Tat mitten in einem **Energiekrieg**. Deutschland bezieht nicht nur mehr als 50 Prozent seines Gases, sondern auch knapp 50 Prozent der Kohle, mehr als 30 Prozent des Öls und 20 Prozent des Urans aus Russland. Von den rund 70 Milliarden Euro, die Deutschland für die fossile **Energie** zahlt, fließt einiges in Putins Kriegskasse. Wir sind nach wie vor viel zu abhängig von fossiler **Energie** und bezahlen heute den Preis für die verschleppte **Energiewende**. Nur rund die Hälfte unseres Stroms stammt von erneuerbaren **Energien**. Da könnten wir schon bei 80 Prozent sein. Wir haben die energetische Gebäudesanierung verpasst und die Verkehrswende verschlafen. Auf den Straßen fahren fast nur Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren. Das muss sich schnell ändern.





ENERGIE-EXPERTIN KEMFERT: "Nicht die **Energiewende** ist zu teuer, sondern die Nicht-**Energiewende** "

Vita

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Geb. 1968, leitete Kemfert nach ihrem Studium der **Wirtschaftswissenschaften** in Bielefeld, Oldenburg (Promotion) und Stanford diverse **Forschungsprojekte zu energie- und umweltpolitischen Strategien** und hatte verschiedene Stellen als Professorin inne

Sie ist Mitglied mehrerer Beiräte, darunter im **Sachverständigenrat für Umweltfragen** der Bundesregierung und im **Club of Rome**

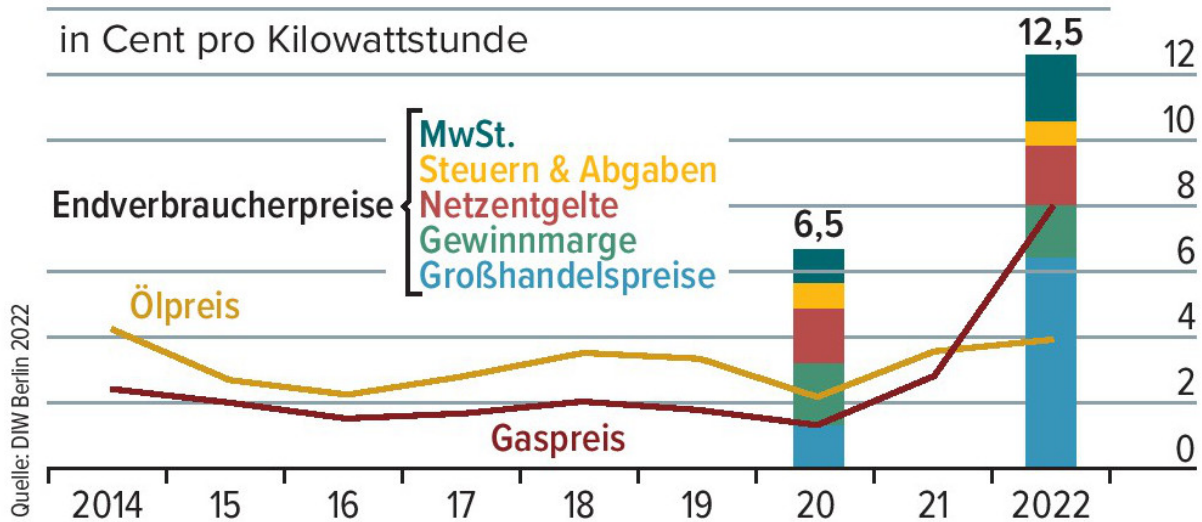
Seit 2004 leitet sie die Abteilung **Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin** und ist Professorin für **Energiewirtschaft** und **Energiepolitik** an der Leuphana Universität

Was haben die Nord-Stream-Röhren damit zu tun? *Kemfert:* Deutschland hat durch den Bau der direkten Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 die Abhängigkeit von Russland massiv erhöht und sich erpressbar gemacht - anstelle Gas über den Import von Flüssiggas zu diversifizieren, wie das andere europäische Staaten getan haben. Von Anfang an war klar, dass die Pipeline wirtschaftlich teuer ist, den Klimazielen und den Zielen der EU zur Diversifikation der Gasimporte widerspricht und den Umstieg auf **erneuerbare Energien** behindert. Mehrfach schon hat Russland den Gashahn zugedreht und Gas als politische Waffe eingesetzt. Auch dass man die Gasspeicher an Gazprom verkauft hat, war ein Fehler. **Warum wurde so lange daran festgehalten?** *Kemfert:* Vor allem aus wirtschaftlichem Kalkül. Flüssiggas ist teuer. Da hat man die Kosten gescheut und gehofft, man würde über die Jahre mit den festen Röhren günstiger wegkommen. Doch wir haben früh darauf hingewiesen, dass diese Rechnung nur bei einer hohen und langanhaltenden Auslastung aufgeht und das dem Umstieg auf **erneuerbare Energien** entgegensteht. **Wer zahlt die Zeche?** *Kemfert:* Das Risiko liegt zunächst bei den Betreiberfirmen. Doch die können im Fall einer endgültigen Nichtinbetriebnahme bei der Bundesregierung auf Entschädigung klagen. Das ist nicht die erste Entschädigung, die Deutschland wegen fehlgeleiteter **energiepolitischer** Entscheidungen zahlen muss. Doch der Stopp von Nord Stream 2 ist richtig. Wir brauchen die Pipeline nicht. Wir können Gas auch aus anderen Quellen beziehen. **Müssen wir demnach keinen Engpass befürchten?** *Kemfert:* Russland hat schon zu Beginn des Winters die Gaslieferung gedrosselt und die Gasspeicher nicht ausreichend aufgefüllt. Da hatte sich angedeutet, dass sich Ungutes zusammenbraut. Derzeit wird die vertraglich zugesicherte Liefermenge noch eingehalten. Bei einem Lieferstopp könnten wir teilweise aus anderen Ländern Gas beziehen und auf Reserven anderer europäischer Länder zurückgreifen. Wichtig ist jetzt aber, den Hebel umzulegen und von den fossilen Brennstoffen wegzukommen. **Wie sieht es beim Öl aus?** *Kemfert:* Beim Öl haben wir keine Knappheiten. Wenn es aus Russland keine Lieferungen mehr geben sollte, können wir aus anderen Ländern Öl beziehen. Andere Öllieferländer in der Opec oder den USA können ihre Produktion hochfahren. Auch die Bundesregierung hat einen Teil ihrer nationalen Reserven freigegeben. **Droht jetzt eine Preisexplosion und wie sollen einkommensschwache Haushalte das bezahlen?** *Kemfert:* Die Krise führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu steigenden Preisen bei den fossilen Brennstoffen. Genau lässt sich das nicht beziffern. Bezogen auf den Strompreis, kann man sagen, dass dieser umso höher steigt, je höher der Anteil fossiler **Energie** ist. Der von der Regierung vorgeschlagene Heizkostenzuschuss von 135 Euro für bedürftige Single-Haushalte beziehungsweise 175 Euro für Zweipersonenhaushalte ist viel zu gering. Der Vorschlag der Verbraucherzentralen umfasst 500 Euro, um die Zusatzkosten zu decken. Zielgenauer wäre eine Erstattung der tatsächlichen Heizkostenanstiege. In einer aktuellen Studie schlagen wir eine Kopf-Klima-Prämie vor, um die Niedrigeinkommensbezieher zu entlasten. Diese könnte aus dem Einkommen der CO₂-**Bepreisung** gezahlt werden.

Teures Gas und Heizöl

Die Preise für Gas und Heizöl haben sich seit 2020 fast verdoppelt. Zahlten Endkunden damals noch 6,5 Cent pro Kilowattstunde, sind es jetzt 12,5 Cent.

Gas- und Heizölpreise

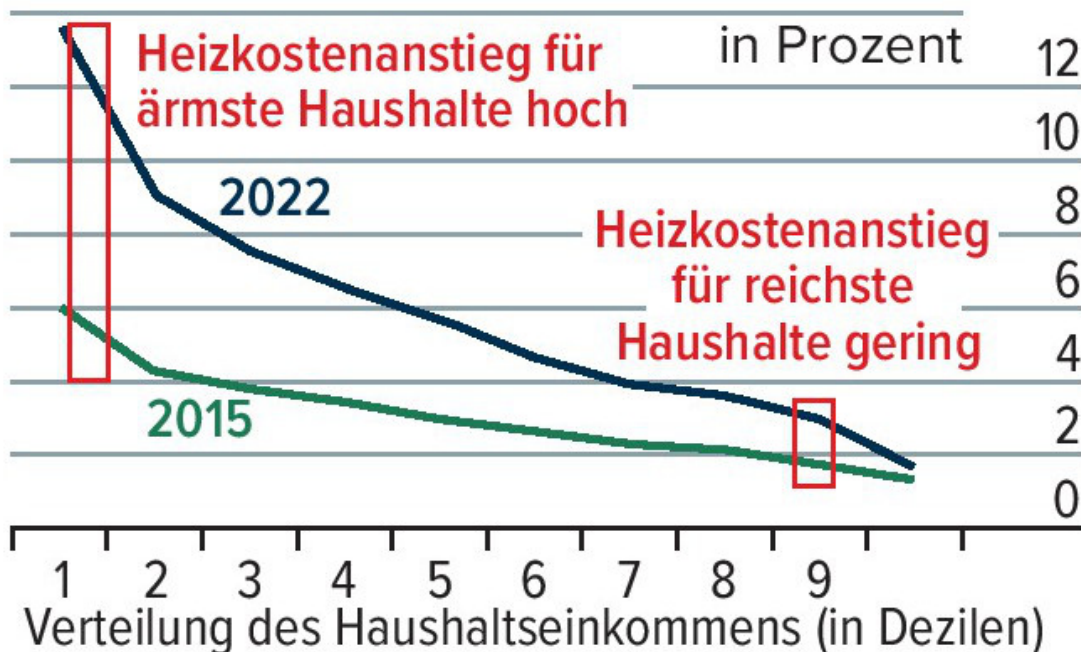


Arme stärker betroffen

Der Gaspreisanstieg trifft ärmere Haushalte härter als reiche. Deren Kostenanteil stieg von sechs auf 14 Prozent.

Relativer Anteil der Gaskosten am Einkommen

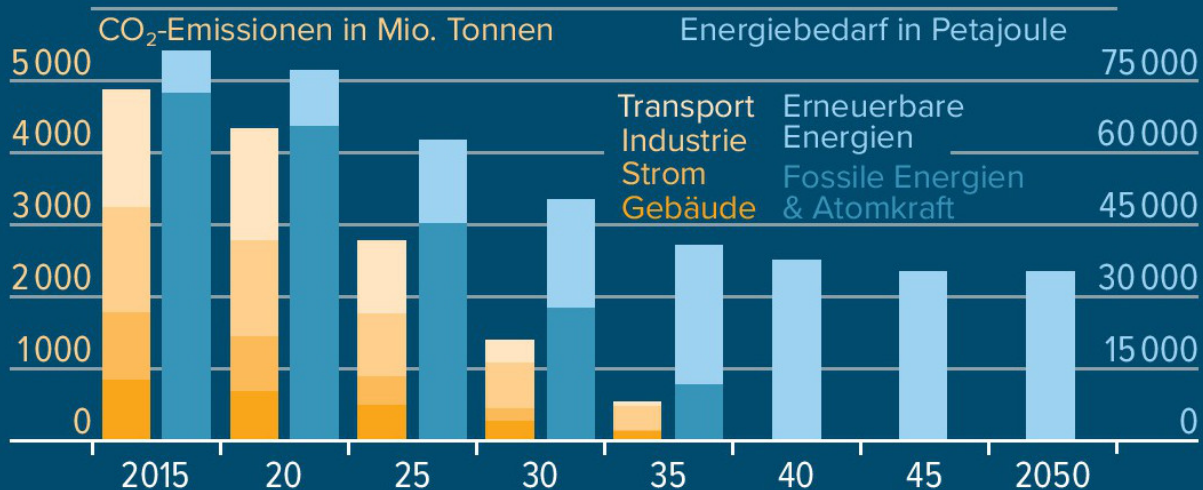
Quelle: * Hochrechnung basierend auf SOEP-Daten des Jahres 2015 und einen Gaspreis von 8 ct/kWh; SOEP, DIW Berlin



Europas Weg zur Klimaneutralität

Nach dem „Green New Deal“ der EU soll Europa bis 2050 klimaneutral werden. Beim Szenario des DIW führen Steigerung der Energieeffizienz, Elektrifizierung und Verhaltensanpassungen zur Verringerung des Primärenergiebedarfs.

Klimaziele bis 2050

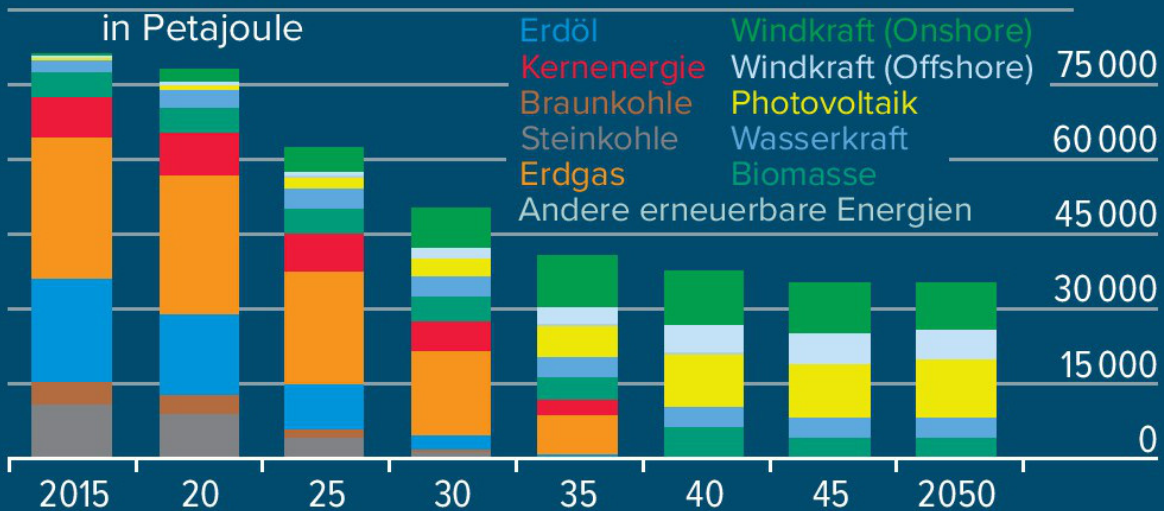


Quelle: DIW Berlin, 2020

Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Atom, Kohle und fossiles Erdgas werden nach dem Modellszenario des DIW durch regenerative Energien ersetzt. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müssen die Emissionen in den 2040er-Jahren auf null zurückgehen.

Primärenergiebedarf

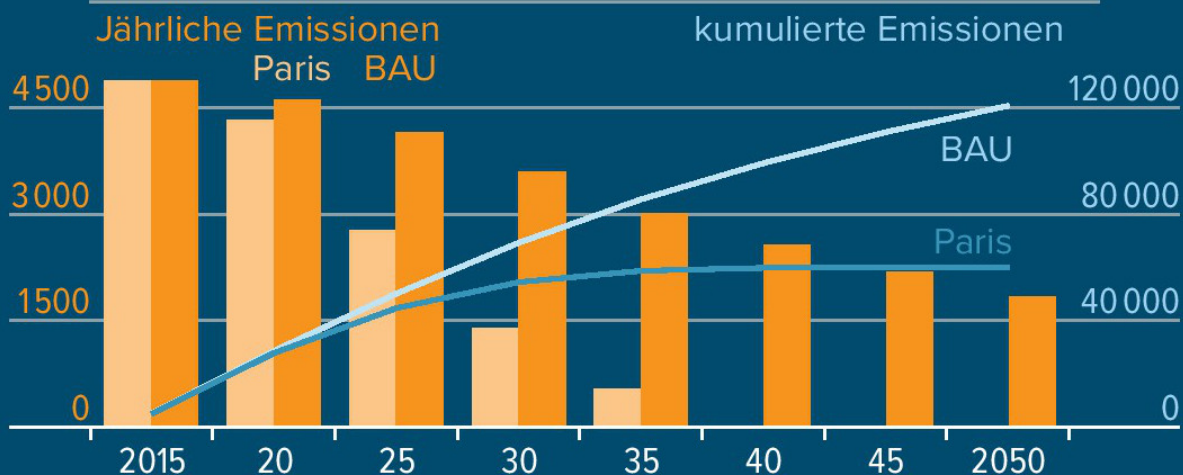


Quelle: DIW Berlin, 2020

Abkehr vom „Business as usual“

Bei einer konsequenten Umsetzung der Energiewende könnten von 2015 bis 2050 weniger als halb so viele CO₂-Emissionen (rund 60 Milliarden Tonnen) ausgestoßen werden wie im Business-as-usual-Szenario (BAU).

Vergleich Paris- und Business-as-usual-Szenario (BAU)



Quelle: DIW Berlin, 2020

Als Alternativen gelten die Abschaffung der EEG-Umlage, die Senkung der Mehrwertsteuer und die Erhöhung der Pendlerpauschale . . . *Kemfert:* Weder die beschlossene Abschaffung der EEG- Umlage noch die Senkung der Mehrwertsteuer sind eine Garantie für sinkende Strompreise, da die preissteigernden Faktoren schneller steigen und überproportional weitergegeben werden als die senkenden. Die Pendlerpauschale ist sozial ungerecht und ökologisch problematisch. Sie übertreibt meist höhere Einkommensbezieher. Wir schlagen ein ökologisches Mobilitätsgeld vor, das unabhängig von der Einkommenshöhe und für klimafreundliche Mobilität gezahlt wird. **Die EU-Kommission will dem Verbrennungsmotor bis 2035 den Garaus machen. Stimmt Sie das optimistisch?** *Kemfert:* Optimistischer als zuvor. Doch noch immer werden 90 Prozent des Verkehrssektors von fossilen Brennstoffen dominiert. Autofahren ist teuer. Dabei sieht man bislang meist nur auf die Spritkosten und rechnet die Klimaschäden nicht ein. Wir benötigen hier einen breiten Strauß an Maßnahmen, von der Verkehrswegeplanung über die Elektromobilität bis hin zum Wegfall klimafeindlicher Privilegien wie dem Dienstwagenprivileg und der Pendlerpauschale. Der ÖPNV muss gestärkt, Fahrradangebote gemacht und die Ladeinfrastruktur ausgebaut werden. Die Hälfte aller neu zugelassenen Autos sollten E-Autos sein. **Kritiker bemängeln die Energiewende als zu teuer . . .** *Kemfert:* Das ist nicht der Fall. Nicht die **Energiewende** ist teuer, sondern die **Nicht-Energiewende**. Fakt ist, dass wir durch die Mär von der teuren **Energiewende** immer noch überwiegend auf fossile **Energie** angewiesen sind. Die erneuerbaren effizienten **Energien** hingegen wirken nicht inflationär, sondern deflationär. **Aber müssen nicht hohe Investitionen getätigt werden?** *Kemfert:* Sicherlich. Der Investitionsbedarf für **erneuerbare Energien** beläuft sich nach einer von uns im Jahr 2020 erstellten Studie auf rund 3300 Milliarden Euro - ohne Netzinfrastruktur und Lastmanagement. Hinzu kommt weiterer Investitionsbedarf für **Energieeffizienz** und Sektorenkopplung. Doch denen stehen allein knapp 2000 Milliarden Euro Einsparungen durch den Wegfall von Erdöl und Erdgasimporten gegenüber. **Das ist dennoch viel Geld. Wie kann dieses in Anbetracht der hohen Verschuldung wegen der Corona-Pandemie und der neu angekündigten zusätzlichen Rüstungsausgaben bereitgestellt werden?** *Kemfert:* Wir befinden uns mitten in einem fossilen **Energiekrieg** und sehen, dass in kürzester Zeit enorme Gelder zur Verfügung gestellt werden. Das muss auch für die Energiewende gelten. Es geht um die Versorgungssicherheit und die Resilienz der eigenen Volkswirtschaft. Das muss man in dieser Tragweite verstehen. Die heimischen **Energiereserven** können schnell ausgebaut werden. In der Industrie können wir kurzfristig die Kapazitäten von Wärmekopplungsanlagen verdoppeln. Wir brauchen schnellere Genehmigungsverfahren, mehr Personal in den Ämtern und Beteiligungsmöglichkeiten für die Kommunen und Regionen, wo Windkraftanlagen aufgebaut werden. Wir haben zu lange über Stromtrassen gestritten. Da haben wir zu viel Zeit und **Energie** verplempert. Wir benötigen dezentrale **Energie**. **Die EU-Taxonomie stuft Atomkraft und Erdgas als nachhaltig ein. Wie beurteilen Sie das?** *Kemfert:* Es ist ein Fehler, an der Vergangenheit festhalten zu wollen. Die Einstufung behindert die **Energiewende** und macht uns erpressbar. Atomkraft ist zu teuer und risikoreich. **Ist eine Vollversorgung mit regenerativer Energie überhaupt möglich?** *Kemfert:* Das ist sie und zwar zu allen Jahres- und Tageszeiten. Durch eine Flexibilisierung im eigenen Land erhöhen wir die Versorgungssicherheit mithilfe von Komponenten wie Wasserkraft, Biomasse, Biogas, Solarthermie und **Windenergie** sowie einem effektiven Lastenmanagement. Über die Steigerung der Effizienz lässt sich der **Primärenergiebedarf** halbieren. Es ist

ein Missverständnis, dass wir Öl und Gas eins zu eins ersetzen müssen. Nur wo wir keine Alternative haben, in den Spitzen der Industrie, im Schwerlastbereich und im Flugverkehr benötigen wir aufwendig hergestellten Ökostrom etwa durch grünen Wasserstoff und synthetische Gase. **Stoßen Sie mit Ihren Plänen auf Widerstände in der Industrie?** *Kemfert:* Im Gegenteil, die Industrie ist seit Jahren dafür bereit. Sie braucht nur Planungssicherheit. Die neue Bundesregierung will mit den sogenannten Carbon Contracts for Difference einen finanziellen Ausgleich schaffen und Investitionen anschieben. Das schafft Arbeitsplätze und Resilienz in einer Volkswirtschaft. Mehr Win-win gibt's nicht. **Welchen Beitrag leisten Sie persönlich zum Klimaschutz?** *Kemfert:* Seit ich 1991 den ersten Klimabericht gelesen haben, weiß ich, dass man klimaschonend leben kann. Ich kaufe regionale Produkte, nutze Ökostrom, fahre mit der Bahn, dem ÖPNV und dem Fahrrad und kompensiere CO₂, das durch Flüge emittiert wurde, die vor Corona stattgefunden haben, zu einem Preis von 180 Euro pro Tonne.

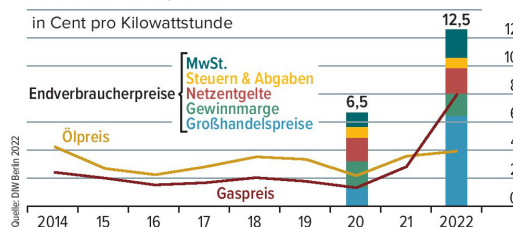
von HEIKE BANGERT



Teures Gas und Heizöl

Die Preise für Gas und Heizöl haben sich seit 2020 fast verdoppelt. Zahlten Endkunden damals noch 6,5 Cent pro Kilowattstunde, sind es jetzt 12,5 Cent.

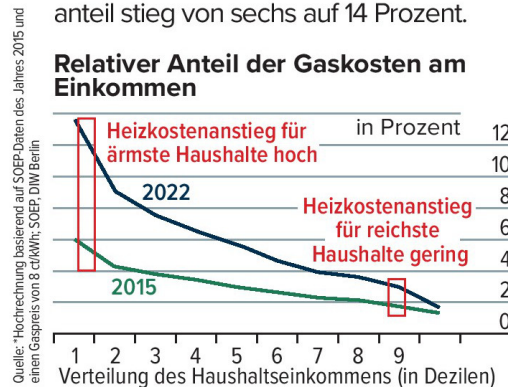
Gas- und Heizölpreise



Arme stärker betroffen

Der Gaspreisanstieg trifft ärmere Haushalte härter als reiche. Deren Kostenanteil stieg von sechs auf 14 Prozent.

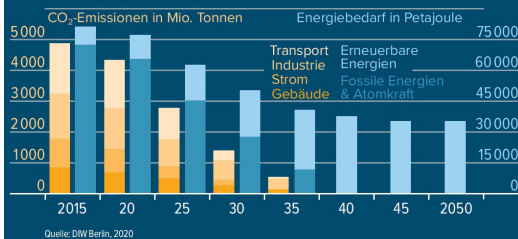
Relativer Anteil der Gaskosten am Einkommen



Europas Weg zur Klimaneutralität

Nach dem „Green New Deal“ der EU soll Europa bis 2050 klimaneutral werden. Beim Szenario des DIW führen Steigerung der Energieeffizienz, Elektrifizierung und Verhaltensanpassungen zur Verringerung des Primärenergiebedarfs.

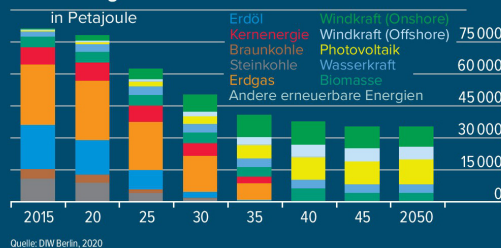
Klimaziele bis 2050



Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Atom, Kohle und fossiles Erdgas werden nach dem Modellszenario des DIW durch regenerative Energien ersetzt. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müssen die Emissionen in den 2040er-Jahren auf null zurückgehen.

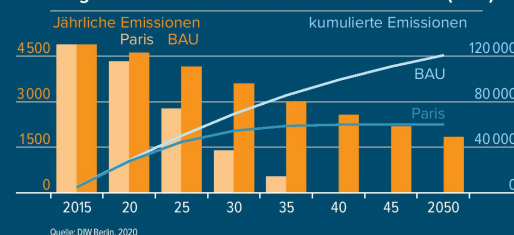
Primärenergiebedarf



Abkehr vom „Business as usual“

Bei einer konsequenten Umsetzung der Energiewende könnten von 2015 bis 2050 weniger als halb so viele CO₂-Emissionen (rund 60 Milliarden Tonnen) ausgestoßen werden wie im Business-as-usual-Szenario (BAU).

Vergleich Paris- und Business-as-usual-Szenario (BAU)




Quelle:	FOCUS-MONEY vom 09.03.2022, Nr. 11, Seite 28
Rubrik:	moneytitel
Dokumentnummer:	focm-09032022-article_28-1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCM_5f27f5729d27b2b3a74e1252b524592c9bfc8f4c

Alle Rechte vorbehalten: (c) Focus Magazin Verlag GmbH, Muenchen

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH